



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback, Tanja Schorer-Dremel, Martin Wagle, Maximilian Böttl, Holger Dremel, Alfred Grob, Petra Guttenberger, Petra Högl, Dr. Gerhard Hopp, Bernhard Seidenath, Steffen Vogel, Daniel Artmann, Konrad Baur, Dr. Andrea Behr, Dr. Alexander Dietrich, Leo Dietz, Norbert Dünkel, Jürgen Eberwein, Wolfgang Fackler, Kristan Freiherr von Waldenfels, Thorsten Freudenberger, Sebastian Friesinger, Martina Gießübel, Josef Heisl, Thomas Holz, Björn Jungbauer, Manuel Knoll, Dr. Petra Loibl, Stefan Meyer, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Dr. Stephan Oetzing, Thomas Pirner, Tobias Reiß, Jenny Schack, Andreas Schalk, Helmut Schnotz, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab, Martin Stock, Karl Straub, Peter Tomaschko, Carolina Trautner, Peter Wachler und Fraktion (CSU),**

Florian Streibl, Felix Locke, Markus Saller, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Julian Preidl, Anton Rittel, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Drs. 19/8668

Einfach machen: Modell- und Testregionen für mehr Eigenverantwortung und weniger Bürokratie

Die Staatsregierung wird aufgefordert zu prüfen, inwieweit zusätzlich zu den vielfältigen sonstigen Maßnahmen zum Bürokratieabbau in einzelnen Modellregionen noch weitergehende Befreiungen oder Abweichungen von landesrechtlichen Vorschriften und Anforderungen, insbesondere auch von Melde-, Nachweis-, Dokumentations- und Statistikpflichten, in allen geeigneten Lebensbereichen erprobt werden können, hierfür ein Konzept vorzulegen und die notwendigen gesetzlichen Voraussetzungen zu schaffen.

Ziel dieser Modellregionen soll sein, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip und unter Wahrung der Hoheitsrechte der Kommunen zusätzliche Handlungsspielräume für mehr Eigenverantwortung anstelle staatlichen Handelns zu eröffnen. Hierdurch sollen neue Wege für einen Abbau von Kontrollichten und bürokratischen Belastungen sowie zur Erleichterung unternehmerischer Initiativen erprobt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Weg, im Rahmen des Modernisierungs- und Beschleunigungsprogramms Bayern 2030 entbehrliche Vorschriften und Vorgaben landesweit abzuschaffen, fortzusetzen.

Der Landtag erachtet es darüber hinaus für sinnvoll, noch weitergehende Abweichungsmöglichkeiten und neue Wege des Verwaltungshandelns modellhaft zu erproben, bevor eine flächendeckende Umsetzung in Betracht kommt.

Die Staatsregierung wird weiterhin aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für entsprechende gesetzliche Regelungen einzusetzen, die die modellhafte Erprobung einer Aussetzung oder Abweichung von bundesrechtlichen und europarechtlichen Vorgaben ermöglichen.

Die Präsidentin

I.V.

Ludwig Hartmann

IV. Vizepräsident